

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Kleinste Zeitung des Bezirks

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreis: Die 42 Millimeter breite Petitzeile 20 Reichspfennige, Eingeladent und Reklamen 60 Reichspfennige

Bezugspreis: Für einen Monat 2.— RM. mit Zuträgen; einzelne Nummern 10 Pfsg. :: Gemeinde-Verbands-Konto Nr. 3 :: Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 403 Postfachkonto Dresden 125 48

Verantwortlicher Redakteur: Felix Sehné. — Druck und Verlag: Carl Sehné in Dippoldiswalde.

Nr. 63

Dienstag, am 15. März 1932

98. Jahrgang

Versteigerung.

Mittwoch, den 16. März, vormittags 10 Uhr, sollen im gerichtlichen Versteigerungsraum
1 großes Warenregal mit 50 Kästen, 1 Ledertafel,
1 großer Spiegel, 1 Schneewange „Kapit“, 10 Herrenjacks (verschiedene Größen)
und mittags 12 Uhr (Sammelort der Bieter: Hafenschänke)
1 Schleifbock
öffentlich und meistbietend gegen Barzahlung versteigert werden.
Der Gerichtssozialbevollmächtigte des Amtsgerichts Dippoldiswalde.

Volksschule Dippoldiswalde

Die Entlassungsfeier

der Kinder, welche Ostern die Schule verlassen, findet
Donnerstag, den 17. März, vormittags 10 Uhr
in der Schulküche statt.

Die Aufnahme

der Schulanfänger am
Dienstag, den 5. April, vormittags 10 Uhr
festgesetzt.

Zudertreten in vorgeschriebener Größe und mit dem Namen des Empfängers versehen, sind bis Montag mittags 12 Uhr im Schulleiterszimmer abzugeben.
Zu den beiden Veranstaltungen sind die hiesigen Behörden, die Eltern und alle Freunde der Schule herzlich eingeladen.

Die Lehrerschaft,
Hofe, Schulleiter.

Verbandsberufsschule Dippoldiswalde

Die Entlassung der abgehenden Schüler und Schülerinnen findet

Donnerstag, den 17. März 1932, nachmittags 4 Uhr, in der Turnhalle der Volksschule statt. Die Eltern, Lehr- und Dienstherren sowie alle Freunde der Schule werden dazu herzlich eingeladen.
Die Schulleitung.

Vertilches und Sächliches

Dippoldiswalde. Die 2. Jahres-Hauptversammlung des Sächs. Militärvereins Dippoldiswalde, die hauptsächlich der Rechnungslegung dient, fand am Sonntag im Vereinsheim „Goldene Sonne“ statt. Wenn der Vereinsvorsitzer Werner auch nicht, wie in den früheren Jahren, den Lenz begrüßen konnte, so durfte er jedoch eine stattliche Anzahl Mitglieder, Kameraden-Frauen und einige Gäste willkommen heißen. Ein besonderer Gruß galt dem Bezirksvorsitzer Heil, der Frauengruppe und den von Dresden gekommenen Kameraden. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte Vortrager Werner des Ablebens des Schutzherrn König Friedrich August, der dem Sächs. Militärverein, insbesondere den einzelnen Vereinen stets ein wohlwollender Förderer der Militärvereinsbestrebungen gewesen sei. Er war ein König, mit dem ein Stück Sachsenum verknüpft sei. Weiter wurde der beiden Kameraden Müller und Salzer gedacht, die ebenfalls zur großen Arme eingegangen sind. Nunmehr wurde die Tagesordnung behandelt, die fünf Punkte aufwies. Unter Eingängen wurde ein Angebot für einen Lichtbildervortrag: „Finnland, das Land der tausend Seen“ bekannt gegeben. Der Vortrager, Kamerad „Kaiserliche Marine“ Leipzig u. U. ladet zu einer Gesellschaft an die Wasserkante ein. Den Kameraden Angersheim und Arthur Schmidt, Dresden, wurde für 25 jährige treue Mitgliedschaft das Bundesehrenzeichen durch Kamerad Bezirksvorsitzer Heil mit ehrenden Worten überreicht, die Versammelten brachten dem Jubilaren ein Hoch aus. Ein Antrag, betr. Austritt aus dem Kassenverbande, ist vor der Versammlung wieder zurückgezogen worden. Ein weiterer Antrag, der verspätet einging, soll auf Beschluss der Versammlungsteilnehmer schriftlich durch den Gesamtverband seine Erledigung finden. Kamerad Kassenwart Fischer berichtete über das Kassenergebnis: die Jahresrechnung betrug 2621,05 R-Mark, die Ausgabe 2268,14 R-Mark. Die Kassenprüfung ist durch die Kameraden Wehmer und Zimmermann erfolgt, die Anstände nicht vorgefunden haben. Hierauf wurde die Jahresrechnung richtig gesprochen und Entlassung erteilt; dem Kassenerwart und den beiden Rechnungsprüfern wurde gedankt. Am 18. März findet in der Reichskrone hier ein Lichtbildervortrag „Die Westfront von heute“ statt. Nachdem in der Hauptversammlung im Januar sechs Mitglieder aufgenommen werden konnten, erfolgte hier die Aufnahme eines Kameraden, ein Austrittsgesuch wurde zurückgezogen; ein Mitglied hat sich abgemeldet. Auch dieses Jahr soll wieder eine Kameraden-Beihilfe gewährt werden. Unter Verschiedenes gab der Kamerad-Vorsitzer die Vorteile beim Vergünstigungen bekannt, die seitens des Bundes und des Bezirks sowie Vereins gewährt werden. Es wurden aufgeführt: Auszeichnungen, Kleingeldentwürfe, Schlachtpanzen, Unterführungen, Aufnahme in die Bundeserholungsheime — ev. bei besonderer Bedürftigkeit Freistelle — sonst billiger Verpflegung. Auch die kostenlose Lieferung der Bundeszeitung wurde hervorgehoben. Hierauf wurden noch interne Vereinsangelegenheiten erörtert, einer Kameradenwitwe ist aus der Wilhelm-Augusta-Stiftung eine geldliche Unterstützung zufließen geworden. Da weitere Wortmeldungen nicht vorlagen, dankte Kamerad-Vorsitzer allen Mitarbeitern mit der Bitte, daß alle ferner treu zum Verein stehen möchten, damit der Verein weiter bleibe ein starker Zweig im Sächs. Militärvereinbunde, ein Förderer der Kameradschaft, der Wehrhaftigkeit und der Treue zu unserem geliebten deutschen Vaterlande, dem wir alle einen baldigen Ausbruch von Herzen wünschen. Schluß der Versammlung 22 Uhr. Im Vereinslokal war in lebenswärtiger

Die Wahlen im Saargebiet

Gewinne der Flügelparteien

Saarbrücken, 15. März.

Das nunmehr vorliegende vorläufige amtliche Endergebnis der Wahlen zum Landesrat des Saargebietes ist folgendes:

Abgegebene Stimmen 369 564, wahlberechtigt: 481 042, gültige Stimmen 362 467, ungültige 709, Wahlbeteiligung etwa 75 Prozent.

Sozialdemokraten: 36 022 Stimmen 3 (bisher 5) Mandate.

Kommunistische Opposition: 5737 Stimmen 0 (0) Mandate.

Deutsche Wirtschaftspartei: 11 578 Stimmen 1 (1) Mandat.

Kommunisten: 84 046 Stimmen 8 (5) Mandate.

Sozialistische Arbeiterpartei: 2577 Stimmen 0 (0) Mandate.

Arbeiter- und Bauernpartei (Christlichsozial): 6096 Stimmen 0 (0) Mandate.

Liste Otto Fried: 3424 Stimmen 0 (0) Mandate.

Nationalsozialisten: 24 429 Stimmen 2 (0) Mandate.

Deutsche Staatspartei (Demokratische Partei): 2116 Stimmen, 0 (0) Mandate.

Deutsch-Saarländische Volkspartei (Liberal-Volkspartei): 24 017 Stimmen 2 (3) Mandate.

Deutschnationale Volkspartei: 5812 Stimmen 0 (1) Mandat.

Zentrums-Partei: 156 425 Stimmen 14 (14) Mandate.

Weise von Kamerad Weber ein Rundfunkempfangsapparat aufgestellt worden, der in den eingeschobenen Pausen Konzertmusik und die Ergebnisse der Reichspräsidentenwahl den Anwesenden vermittelte.

Dippoldiswalde. Die Entlassungsfeier in der Volksschule findet Donnerstag vormittags 10 Uhr statt, die Aufnahme der Schulanfänger am Dienstag, 5. April, 10 Uhr vormittags. Hingewiesen sei noch darauf, daß Zudertreten in vorgeschriebener Größe mit dem Namen des Empfängers versehen bis tags vorher 12 Uhr im Schulleiterszimmer abzugeben sind.

Dippoldiswalde. In der Verbandsberufsschule findet die Entlassung der abgehenden Schüler und Schülerinnen am Donnerstag nachmittags 4 Uhr statt.

Die Industrie- und Handelskammer Dresden fasste in einem Bericht an den deutschen Industrie- und Handelskongress ihren Standpunkt zur erweiterten Ausgabe von Sonntagsfahrkarten auf der Reichsbahn dahin zusammen, daß es sehr empfehlenswert sei, die bezüglich der Sonntagsfahrkarten zum letztjährigen Weihnachtsfest eingeführten Vergünstigungen auf andere Feste sowie auf geeignete sportliche Veranstaltungen, Kongresse und bergl., insbesondere aber auch auf die reisearme Zeit auszuweiten. Bei der Ausgabe dieser verlängerten Sonntagskarten müßten jedoch unbedingt Erleichterungen eintreten, da die diesmalige Handhabung zu außerordentlichen Schwierigkeiten geführt hatte. Die Notwendigkeit der Beschaffung voneinander anschließender SON-Karten zur Erreichung des betreffenden Zieles habe erhebliche Umständlichkeit verursacht; besonders in dieser Hinsicht müsse eine erleichterte Handhabung Platz greifen.

Reinholdshain. Am Sonntag feierte der Turnverein in Reinholdshain sein Stiftungsfest, das recht gut besucht war. Es gab ihm zunächst erwünschte Gelegenheit, den Turnbruder Kurt Böhm für 25 jährige treue Mitgliedschaft und seine gewissenhafte Verwaltung wichtiger Vereinsämter während einer langen Reihe von Jahren auszuzeichnen. Der Vorsitzende, E. Fischer, konnte dem Jubilare mit Worten vollster Anerkennung und herzlichsten Dankes die Urkunde über seine Ernennung zum Ehrenmitglied überreichen. Ein von Turnbruder E. Wolf wirkungsvoll vorgetragenes Gedicht und sicher ausgeführte Barrenübungen der Turner sowie gefällige wirkende Freilübungen und ein sehr beifällig ausgenommener Vorklang der Turnerinnen zeigten die ernste Seite turnerischen Strebens. Der Abend ließ ein entschlossenes Vorwärts- und Aufwärtsstreben des Vereins auf vaterländischer Grundlage erkennen.

Johnsbach. Die Auswirkungen des Krieges machen sich auch in diesem Jahre bei der Schulentlassung wieder bemerkbar, denn es kommen nur ein Mädchen und drei Knaben, davon einer aus Bärenhede, aus der Schule.

Cunnersdorf. Gutsauszügler Ernst Diehler feierte am Sonntag bei recht guter körperlicher und geistiger Frische seinen 91. Geburtstag. Er ist der zweitälteste Einwohner unserer Ge-

gegenüber den Landesratswahlen im Jahre 1928 mit einer Wahlbeteiligung von 66% v. H. haben diesmal mehr als 75 v. H. der Wahlberechtigten ihr Stimmrecht ausgeübt. Das Ergebnis an sich bedeutet im Saargebiet keine besondere Ueberraschung, wenn man auch für die Nationalsozialisten eine höhere Stimmenzahl erwartet hatte. Die Sozialdemokraten haben offenbar einen beachtlichen Teil ihrer Wählermassen an die SPD abgeben müssen, die eine Zunahme gegenüber der Wahl im Jahre 1928 von nahezu 40 000 Stimmen aufzuweisen hat. Die Deutsche Wirtschaftspartei konnte ihren einzigen Sitz behaupten, acht Stimmen gaben den Ausschlag. Der rund 27 000 Stimmen betragende Gewinn des Zentrums hat ihr keinen weiteren Sitz eingebracht, da die Wahlmehrzahl durch die regere Wahlbeteiligung auch eine größere war.

Ein deutscher Sieg

Jede der 12 Parteien, die sich bei den Wahlen um Mandate beworben haben, hatte in ihrem Programm ausdrücklich die möglichst baldige Wiedervereinigung des Saarlandes mit dem deutschen Vaterlande proklamiert; auch die Kommunisten machten davon keine Ausnahme. Man kann die Saarwahlen vom 13. März wohl als eine Probeabstimmung für die Rückkehr zum Deutschen Reich betrachten. Sie wird den Franzosen die letzte Hoffnung auf eine endgültige Abtrennung der Saar von Deutschland genommen haben.

meinde. — Bei der Reichspräsidentenwahl am Sonntag wurde ein Stimmzettel mit folgendem Vers abgegeben:

Duesterberg mag ich nicht,
Hindenburg kann ich nicht,
Hiller ist noch zu früh,
Den Teddy wähle ich nicht,
Winter ist nicht dran,
denn er hat ein Klüftchen an.

Er war natürlich ungültig.

Dresden. In geheimer Sitzung verhandelte das Schwurgericht gegen die 20 jährige Wirtschaftsgehilfin Hilda Obenaus aus Raden bei Großenhain, die nach der Anklage verurteilt haben soll, in der Nacht des 15. September v. J. ihr uneheliches Kind während oder gleich nach der Geburt zu töten. Nach längerer Urteilsberatung wurde die Angeklagte kostenlos freigesprochen. Die Begründung sagt, daß die Möglichkeit bestände, daß die Mutter nach dem Geburtsakt so erschöpft gewesen war, daß sie sich um die Lagerung des Kindes nicht habe kümmern können und ein unglückliches Versehen angenommen werden könne.

Rochlitz. Ein Landarbeiter war bei einem Versuch sein in Weiditz untergebrachtes 4 Monate altes uneheliches Töchterchen zu erdrosseln beobachtet und festgenommen worden.

Mohorn. Freitag nachmittags war in der Dorfmitz, den Sterblichen Streumehlwerken, Feuer ausgebrochen, das aber noch rechtzeitig bemerkt wurde. Die Ursache war wahrscheinlich Feilhausen der Transmissions. Der Sachschaden blieb gering.

Reusdorf. Einem in Berthelsdorf wohnhaften Altersrentner wurden aus seiner Schlafstube 880 RM. gestohlen. Die Kriminalpolizei ermittelte als Täter den Schwiegerjohn des Bestohlenen. Der Täter, ein ehemaliger Fremdenlegionär, ist flüchtig.

Lugau. Seitens der Aufsichtsbehörden ist die Stadt angewiesen worden, mit der Ausübung des Bürgermeistersamtes vorläufig ein Ratsmitglied kommissarisch zu betrauen und die Bürgermeisterstelle einstweilen einzusparen. Die Stadtgemeinde hat gegen diese Anordnung Einspruch erhoben. Für den Posten des Lugauer Bürgermeisters hatten sich mehr als 60 Personen beworben.

Plauen, 14. März. Ein Markthelfer einer hiesigen Firma hat im Schallerraum der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt an einem Pult 600 Mark in Papiergeldern verhehentlich liegen lassen. Er bemerkte den Verlust erst, als er den Restbetrag von 300 RM. Silbergeld zählte. Als er zur Bank zurückkam, war das Geld verschwunden.

Better für morgen:

Heiter, drilich zeitweilig etwas dunstig oder neblig; nachts leichter Strahlungsfrost. Tags allgemein rascher Temperaturanstieg und in der Ebene mild. Schwache Luftbewegung.

Kurze Notizen

Nach einer Mitteilung des Reichsgerichtspräsidenten im Staatsgerichtshof wird der Staatsgerichtshof am Mittwoch eine umfangreiche Besprechung über Eisenbahnabfindungen haben. Man darf damit rechnen, daß die Fragen über die Eisenbahnabfindung endlich entschieden werden.

Der Danziger Völkerverbundkommissar Graf Gravinga ist in Warschau eingetroffen. Sein Aufenthalt in Warschau dürfte zweifellos mit dem drohenden offenen Wirtschaftskrieg zwischen Polen und der Freien Stadt Danzig in Zusammenhang stehen.

Das japanische Kriegsministerium teilt mit, daß eine Division und eine gemischte Brigade in Schanghai den Befehl erhalten haben, nach Japan zurückzukehren.

Was sagen uns die Wahlen?

Politiker und Parteiführer, Staatsmänner und Bankstrategen sind sehr eifrig damit beschäftigt, das Ergebnis der Wahl vom 13. März „auszuwerten“. Es ist amüsanter und überraschender zugleich, festzustellen, wie alle „dieses Ergebnis vorausgesehen haben“. In Wirklichkeit sind so ziemlich alle überreicht worden. Der Reichstanzler hat noch am 12. März in der großen Berliner Sportpalast-Rundgebung den Sieg Hindenburgs im ersten Wahlgang prophezeit. Der Hitler war nach Verhörungen vor Vertretern der Presse darüber überzeugt, daß er mehr Stimmen auf sich vereinen würde als Hindenburg. In deutschen Kreisen rechnete man zwar nicht mit einem Sieg Duesterbergs, aber mit einer starken Zuzunahme von Stimmen aus dem Lager der Mittelparteien. Ganz groß waren die Erwartungen der Kommunisten, die da hofften, aus der Parole der Sozialdemokratischen Partei für Hindenburg ein gutes Stimmengeschäft zu machen. Sie sind alle enttäuscht worden. Nur diejenigen, die sich weniger von parteipolitischen Argumenten als von mathematischen Überlegungen leiten ließen, sind mit ihrem Rechenstift am weitesten gekommen. Diese hatten ihr Exempel ungefähr so aufgestellt: Die Zahl der Wähler ist durch die Zahl der Jungwähler auf rund 44 Millionen angewachsen. Da mit 80 bis 85 Prozent Wahlbeteiligung zu rechnen war, kamen sie auf etwa 36 Millionen abgegebene Stimmen. Die Parlamentswahlen nach dem 14. September 1930 zeigten im Durchschnitt einen nationalsozialistischen Stimmenschwung bis zu 30 Prozent. Daraus berechneten sie gegenüber den Septemberwahlen rund 9 Millionen nationalsozialistische Stimmen. Die noch immer anhaltende Zersplitterung im Lager der Mittelparteien hat ein übriges dazu getan. Den Nationalsozialisten weiteren Auftrieb zu geben. Man rechnete insoweit hier mit 10 bis 11 Millionen Stimmen. Von diesem Mehr mußten also in erster Linie die sogenannten Hindenburg-Parteien abgeben.

Aber auch diese rein schematische Möglichkeitsrechnung konnte deshalb nicht zu einem brauchbaren Ergebnis führen, weil die verschiedenen Imponderabilien gerade dieser Präsidentenwahl außer Ansatz blieben. Der große Fehler der politischen Parteien lag in erster Linie darin, daß man glaubte, die politisch orientierten Wählermassen an eine bestimmte Parteiparole binden zu können. Das ist schon deshalb nicht möglich, weil gerade die Parteimitglieder sich mehr vom Gefühl als von politischer oder gar parteitaktischer Überlegung leiten lassen. Die Grenzen parteipolitischer Einstellung sind in den Wählerkreisen nicht scharf abgesteckt. Sie fließen ineinander über und machen deshalb jede Vorausberechnung unmöglich. Auf jeden Fall müßten aber die Parteien, gleich in welchem Lager sie stehen, die eine Lehre aus der Präsidentenwahl ziehen, daß auch die lauteste Propaganda und die heftigste Flugblatt- und Plakatanschlag nicht in der Lage sind, den Wähler über die tatsächliche politische Lage hinwegzutäuschen. Die Präsidentenwahl war vor allem nicht dazu geeignet, die Parteistromen neu zu formieren. Dazu lag die politische Linie nicht klar genug, während andererseits die zur Wahl gestellten Kandidaten in ihrer Programmwidrigkeit für die Präsidentschaft so grundverschiedene Temperamente entwickelt haben, daß der Wähler zu klarer Überlegung angeregt wurde.

Eines wird man aus dem Ergebnis der Präsidentenwahl mit Genugtuung feststellen dürfen: Die Gefahr einer kommunistischen Hochflut scheint gebannt. Wie weit sich diese Neuorientierung der Wählerschaft auch nach rechts fortsetzt, das kann erst durch die nächste Parlamentswahl, in erster Linie durch die Preußenwahl am 17. April festgestellt werden. Das Stimmenergebnis der Nationalsozialisten läßt heute noch keine endgültige Schlussfolgerungen zu, wie auch die 18 Millionen Hindenburg-Stimmen für die Kräfteverschiebung innerhalb der einzelnen Parteien keinerlei Schlussfolgerungen erlauben. Nur eines steht fest, die Umgruppierung der Parteien ist noch nicht abgeschlossen. Sie ist es um so weniger, nachdem aus dem Herzen des Volkes heraus sich immer stärker ein nationaler Willen gestaltet hat, der Anspruch erhebt auf eine Durchblutung unserer Innen- wie Außenpolitik mit nationalem Geist und nationaler Kraft. Ein solcher Wille ist um so notwendiger, nachdem das Ausland in den Nachkriegsjahren bei allen Zumutungen an Deutschland auf die politische Zerissenheit und die nationale Gleichgültigkeit des deutschen Volkes spekuliert hat. Solange sich in Deutschland ein fester nationaler Wille nicht heraushebt, solange wird das Ausland bestrebt sein, aus deutscher Haut Riemen zu schneiden. Das Ergebnis der Wahl vom 13. März wie überhaupt die innerpolitische Entwicklung in Deutschland in den letzten zwei Jahren dürfte aber dem Ausland mit aller Deutlichkeit zeigen, daß das deutsche Volk sich zu einem nationalen Einheits- und Freiheitswillen durchge-

rungen hat, der entschiedener als bisher unberechtigte Forderungen des Auslandes und Versuche zu dauernder Versklavung zurückweist. Schon das erste Auslandsergebnis zeigt mit ziemlicher Klarheit, daß man diese neue nationale Willensbildung des deutschen Volkes begriffen hat. Das ist ein Erfolg der Hindenburg-Wahl, mit dem das deutsche Volk durchaus zufrieden sein kann.

Das Urteil der deutschen Presse

Soweit bisher aus den einzelnen Parteilagern bereits eine authentische Stellungnahme zu dem Wahlergebnis vorliegt, kommt ziemlich übereinstimmend die Überzeugung zum Ausdruck, daß der Stimmentwurf Hindenburgs so erheblich ist, daß er durch keine irgendwie geartete Zusammenfassung der gegnerischen Gruppen eingeholt werden könnte.

Für die „D. V. Z.“ steht die Wiederwahl Hindenburgs am 10. April „wahrscheinlich mit absoluter Mehrheit“ fest. Sie sieht in der jetzigen Lage nach der ersten Abstimmung für den Stahlhelm die moralische Verpflichtung, „ohne weiteres Feilschen und Reden sich nunmehr sofort für den Feldmarschall zu erklären und damit einigermassen die Lage wiederherzustellen, die im ersten Wahlgang die natürliche gewesen wäre“.

Die „Hamburger Nachrichten“ schreiben u. a., daß es falsch wäre, den Wahlsieg Hindenburgs etwa als einen Sieg Brünnings auszulegen; im Gegenteil, die Parteien, die hinter Brünnig ständen, hätten gegen 1930 an Stimmen eingebüßt. Daraus ergebe sich der Schluß, daß das Volk Hindenburg nicht mit der Politik Brünnings identifiziere. Hindenburg werde deshalb die Entscheidung des Volkes richtig verstehen, wenn er das Wahlergebnis als neuen Auftrag betrachte, die nationalen Parteien zur Mitverantwortung heranzuziehen.

Nach der „Kölnischen Zeitung“ habe der Stimmentwurf Hindenburgs alle Voraussagen übertroffen. Ueber die Präsidentschaftswahl sei heute schon Klarheit geschaffen, wenn auch ein zweiter Wahlgang noch erforderlich sei. „Das Volk will Hindenburg.“

Die „Kölnische Volkszeitung“ sieht einen neuen schweren Wahlkampf voraus. Die Entscheidung sei aber schon gefallen, das deutsche Volk sei für Hindenburg, nicht für Hitler.

Die „Germania“ bezeichnet das Wahlergebnis als eine sehr eindrucksvolle Entscheidung für den Mann des Volkes und gegen die Kandidatur der Parteipolitik. Der Kampf sei politisch entschieden.

In der Presse der Linken kommt übereinstimmend Genugtuung darüber zum Ausdruck, daß „das deutsche Volk Hindenburg ein glänzendes Vertrauensvotum erteilt hat“ (Vorwärts). Die „B. Z.“, das Ullsteinorgan, meint, daß man „in dem größeren Zusammenhang auch die 2 1/2 Millionen deutschnationaler Stimmen Hindenburg hinzuzählen müsse, die den gefährlichen Versuch des „Dritten Reiches“ von sich weisen“. Die „Frankfurter Zeitung“ stellt zunächst die Tatsache einer weiteren starken Stimmzunahme des Nationalsozialismus fest, meint aber, daß sie ihre Schrecken heute verloren habe und vor allem ihre richtungweisende Bedeutung für Deutschlands Zukunft. Das deutsche Volk habe Hitler abgelehnt und sich zu Hindenburg bekannt.



Briand-Bethmann

Auf dem Pariser Friedhof in Vassy fand die feierliche Beisetzung Aristide Briands statt. Unter Bild zeigt oben: Der Trauerzug passiert den Triumphbogen, wo eine gewaltige Menschenmenge Aufstellung genommen hat. Unten: In der vorderen Reihe die Vertreter des Völkerverbundes, Hyman, Lardieu, Paul-Boncour, dahinter die Mitglieder des Kabinetts u. a. Laual.

Die „Deutsche Zeitung“ spricht von einer Niederlage Hindenburgs, die das Blatt darin sieht, daß er nicht die absolute Mehrheit bekommen habe.

Der „Bötsche Beobachter“ erklärt, bei objektiver Würdigung der Stimmziffern könnten die Regierungsparteien sich nicht darüber hinwegtäuschen, daß auf ihren Erfolg das Pyrrhus-Wort angewendet sei: „Noch ein solcher Sieg und wir sind verloren.“ Im besonderen beschäftigt sich der „Bötsche Beobachter“ mit dem Wahlergebnis in Bayern und schreibt, der Befehlstand der Bayerischen Volkspartei bei der letzten Reichstagswahl sei von der NSDAP um 92 000, der Befehlstand bei der Landtagswahl von 1928 um 227 000 Stimmen überholt worden, die NSDAP sei also heute die stärkste Partei in Bayern.

Das Echo im Ausland

In Polen

Die Reichspräsidentenwahl hat auch in Polen das größte Interesse hervorgerufen. Der „Kraakauer Illustrierte Kurier“ hebt beispielsweise hervor, daß es falsch wäre, Hindenburg als republikanischen Kandidaten Hitler, dem Vertreter der Republikfeinde und Revanchekriegsbewegung, gegenüberzustellen. Die politischen Ziele seien, sobald es sich um die Außenpolitik handele, auf beiden Seiten dieselben. In der Innenpolitik dagegen gehe es um die Entscheidung zwischen der Diktatur der Reichswehr und derjenigen der nationalsozialistischen Sturmabteilungen, zwischen dem demastierten oder maskierten Militarismus, zwischen dem System Groener und dem System Hitler.

In Frankreich

In der französischen Presse, mit Ausnahme der rechtsstehenden, kommt der Eindruck einer gewissen Genugtuung über das Ergebnis der deutschen Präsidentschaftswahl zum Ausdruck. „Petit Parisien“ hält das Wahlergebnis vom moralischen Gesichtspunkt aus für ausgesprochen günstig, was die Wähler im zweiten Wahlgang sicher stark beeinflussen würde. Dem „Deuxieme“ schreibt sein Berliner Sonderberichterstatter u. a., wenn Hitler sehr nahe an Hindenburg herangekommen wäre, würde das bedeuten haben, daß Deutschland sich auf einen für es und Europa gefährlichen Weg begeben hätte. Diese drohende Gefahr sei vorerst beseitigt. „Republique“ meint, Hitler verliere zum ersten Male eine Schlacht; jede Voraussage für die Zukunft und namentlich über die Orientierung der Nationalsozialistischen Partei aber müsse zurückgestellt werden.

In Italien

Der italienischen Öffentlichkeit wurde das Ergebnis der Reichspräsidentenwahl erst spät bekannt. Der „Tevere“, das einzige Blatt, das bisher einige Worte zu dem Wahlergebnis sagt, erklärt, daß der vorläufige Sieg Hindenburgs durch die große Anzahl der Parteien, die sich aus Angst vor der Hitlerpartei um ihn geschart hätten, zu begründen sei.

In England

„Daily Telegraph“ erklärt: Präsident von Hindenburg tritt dafür ein, daß die verzweifeltsten Schwierigkeiten seines Landes entsprechend der Politik des Kabinetts Brünnig in stetiger Arbeit durch disziplinierte Opferbereitschaft und Beobachtung der nationalen Verpflichtungen gelöst werden sollen. Wofür Adolf Hitler eigentlich eintritt, ist bisher noch niemals deutlich mitgeteilt worden. Hindenburg, ein nationaler Held und noch immer die geachtete Persönlichkeit im deutschen öffentlichen Leben, ist von einem Gegner herausgefordert worden, dessen Wahl möglicherweise zum Bürgerkrieg im Innern und ganz bestimmt zu einer katastrophalen internationalen Lage geführt hätte. Die liberale „News Chronicle“ ist sicher, daß Hindenburg endgültig gewählt werden wird und mit ihm auch Brünnig seine alte Macht beibehält. Dies werde von ganz Europa mit einem Gefühl der Erleichterung begrüßt werden. Die Zahlen des Wahlergebnisses seien jedoch eine Warnung, daß das Aufstehen Deutschlands von einer kurzen Dauer sein werde, wenn die Fesseln, die Deutschland in den Staub drücken, nicht endlich gelöst werden.

In Amerika

Die amerikanischen Blätter heben hervor, daß Hindenburg bereits in der ersten Wahl nahezu unbestrittener Sieger geblieben sei und nur die Aufstellung Duesterbergs einen zweiten Wahlgang notwendig gemacht habe. „Times“ bezeichnet das Wahlergebnis als einen bewundernswerten Beweis des deutschen Vertrauens zu Hindenburgs Persönlichkeit wie auch der politischen Vernunft der Mehrheit des deutschen Volkes, das bereit sei, seine Parteistreitigkeiten zu vergessen, wenn die Umstände es verlangen. Die Nachricht von der Beibehaltung Hindenburgs als Präsident der deutschen Republik werde die Welt durchlaufen als ein Signal zu erneuter Hoffnung auf die Zukunft.

Anwendung des Obertarifs

gegenüber Polen und Kanada.

Durch Verordnung der Reichsregierung wurde vor einigen Tagen der bisherige deutsche Zolltarif durch einen Obertarif ergänzt, um die Waren aus solchen Ländern, die keine Handelsverträge mit Deutschland haben und deutsche Waren differenzieren bei der Einfuhr nach Deutschland ebenfalls höheren Zollsätzen zu unterwerfen. Solche Länder sind die Schweiz, Australien, Kanada und Polen. Die Anwendung des Obertarifs auf die Schweiz kommt, da bereits autonom gewährte Meistbegünstigung besteht, nicht in Betracht. Von der Anwendung des Obertarifs auf Australien wird zunächst abgesehen.

Dagegen wird, wie zuverlässig verlautet, in den nächsten Tagen eine Verordnung der Reichsregierung veröffentlicht

